

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,- Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 14. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Doumergue Präsident der Republik.

Painlevé unterlegen. - Herriot wird ernannt werden und annehmen.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationalversammlung in Versailles hat mit 515 von 640 Stimmen den Senatspräsidenten Doumergue zum Präsidenten der Republik gewählt.

Painlevé war der erste, der Doumergue nach der Wahl beglückwünschte. Unter dem Beifall der Nationalversammlung umarmten sich beide.

In Begleitung des Ministerpräsidenten Marjals begab sich Doumergue darauf nach Paris, wo er an der Porte Dauphine von dem Kommandanten von Paris empfangen und von einer Kavallerieeskorte ins Elysee geleitet wurde.

Der neue Präsident der französischen Republik, Gaston Doumergue, war nicht weniger als sechsmal in seiner politischen Laufbahn Minister.

Die Schadenfreude der Rechten.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten 48 Stunden sind für die Linke in Frankreich wenig ruhmreich gewesen.

In den innerpolitischen Fragen dagegen hat er sich stets als zuverlässiger und überzeugungstreuer Demokrat gezeigt, der erst in den letzten Wochen durch seine aktive Beteiligung an dem Kampf gegen den Nationalen Block...

Der Nationale Block triumphiert. Er ist bescheiden geworden seit dem 11. Mai. Noch vor wenigen Wochen würde die Wahl eines Doumergue ins Elysee das Butzgeheil des Nationalen Blocks erregt haben.

Bevorstehende Betrauung Herriots.

Paris, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Herriot, der nach der Demission Marjals von Doumergue anfragen wurde, dürfte spätestens am Sonnabendvormittag mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden.

Paris, 13. Juni. (W.B.) Unmittelbar nach Beendigung des Wahlaufs erjahlte Präsident Doumergue den Abg. Herriot, ihn nach Schließung der Nationalversammlung sobald als möglich aufzusuchen.

Der große Tag in Versailles.

Paris, 13. Juni. (G.B.) Versailles und die Umgebung des Schlosses hatten heute das Aussehen, als ob der Belagerungszustand verhängt sei.

600 Polizisten, fünf Regimenter und ein Radfahrerbataillon

aufgeboten. Die weißen Abgeordneten und Senatoren sind mit Eskortzügen von Paris nach Versailles gekommen. Zahlreiche im Automobil, so die meisten Minister.

Doumergues Antrittsrede.

Paris, 13. Juni. (G.B.) Nach der Präsidentenwahl hielt der Vizepräsident des Senats eine Ansprache an Doumergue, in der er während der politischen Vergangenheit des neuen Präsidenten gedachte und ferner erklärte: „Ihre Vergangenheit ist wohl eine Garantie dafür, daß Ihre Tätigkeit als Präsident die Grenzen der verfassungsmäßigen Vollmachten nicht überschreiten wird.“

Zusicherung, daß er die Verfassung respektieren

und daß er über den Parteien stehen werde, um als unparteiischer Schiedsrichter zu wirken. Niemand mehr als er werde sich vom Willen des Parlaments leiten lassen, das der Ausdruck der nationalen Souveränität sei.

Darauf lehrte Doumergue in einem Automobil nach Paris zurück. Seinem Wagen fuhr ein mit Polizisten besetztes kleineres Automobil voraus. Auf der ganzen Strecke fanden Sympathieumgebungen des Publikums statt.

Ablehnung der Militärkontrolle? Englische Warnung.

London, 13. Juni. (Eigene Funkdepesche.) Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die offiziös dementierte Meldung über eine deutsche Ablehnung der Militärkontrolle von einer Persönlichkeit des Auswärtigen Amtes stamme.

fahrt auf und stellt ausdrücklich fest, daß trotz illegaler Truppenausbildung unzweifelhaft kein ernsthafter Grund zum Alarm gegeben sei.

Deutschlands gegenwärtige zweideutige Haltung für die Alliierten unannehmbar

sei. Ein Verharren in dieser Haltung wäre eine Unterstützung derjenigen, die glauben, daß Deutschland etwas verberge.

Doumergue, der Senatspräsident, ist mit großer Mehrheit gegen Painlevé, den neuen Kammerpräsidenten, zum Präsidenten der französischen Republik gewählt worden.

Painlevé war der Kandidat der Sozialisten und der „Linken Linken“, darum war der Rechten jeder andere lieber als er.

Andererseits wurde das Eintreten der Rechten für Doumergue als das kleinere Uebel u. a. auch durch den Umstand bestimmt, daß im Fall der Wahl Painlevés zum Präsidenten der Sozialist Paul Boncour Kammerpräsident geworden wäre.

Nach der Tradition der Verfassung und vor allem nach dem lehrreichen Fall Millerand hätte indes auch Painlevé nichts anderes sein können, als was Doumergue zweifellos sein wird: ein laiales, streng auf politische Zurückhaltung bedachtes konstitutionelles Oberhaupt einer parlamentarischen Demokratie.

Der neue Präsident der französischen Republik vollendet am 1. August sein 61. Lebensjahr. Er ist von Beruf Rechtsanwält, wurde zuerst im radikalen Kabinett Waldeck-Rousseau Minister und hat dann nach verschiedenen anderen Kabinetten angehört, ohne jemals eine entscheidende Rolle zu spielen.

Gegenüber diesen weichen und etwas verschwommenen Konturen, die das Charakterbild Doumergues aufweist, erscheint Painlevé, der neue Kammerpräsident, als eine scharf umrissene Persönlichkeit. Die Rechte haßt ihn tödlich, so er ist in ihrer Phantasie sogar mit einer Art von „Dolchstoßlegende“ behaftet, da er im Jahre 1917 als Ministerpräsident gegen den Willen des Generalfstabes die Einstellung der allzu opferreichen Stürme auf den Chemin des Dames durchsetzte.

Abstimmungen auf dem Parteitag.

Koalitionspolitik und Reichswehrstatut. — Einig in Sachsen. — Organisationsstatut.

Genosse Wels fährt in seinem Schlusswort noch fort:

Ein Zusammengehen mit den Kommunisten hat der Parteivorstand abgelehnt, weil nach den bekannten 21 Punkten, die von Rostau aus aufgestellt wurden, die Partei auch in Sachsen nicht mit den Kommunisten Politik treiben konnte. Darauf haben wir unsere sächsischen Genossen aufmerksam gemacht. Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß die sächsischen und thüringischen Genossen das Zusammengehen mit den Kommunisten einleiteten im Gegensatz zu der von der Gesamtpartei befolgten Politik. Nicht der Sozialdemokratischen, sondern der kommunistischen Partei in Sachsen habe ich den Vorwurf gemacht, das Vorgehen der Reichswehr verschuldet zu haben.

Es ist das tragische Verhängnis für die Partei, daß die Sozialdemokratie solange nicht in der politischen Macht, sondern im Umkle war, als in England und Frankreich die bürgerlichen Strömungen stärker waren als gegenwärtig, und daß die Stärke der Sozialdemokratie durch innen- und außenpolitische Wirkungen sich minderte, bis in den übrigen Ländern durch unsere Politik der Einfluß der Arbeiterschaft wuchs.

In der Geschichte wird es die Sozialdemokratie Deutschlands zu ihren höchsten Ruhmesblättern zu rechnen haben, was sie in den fünf Jahren nach dem Kriege geleistet hat. Wir werden wieder auf die Höhe steigen, weil die moralischen Tendenzen und die wissenschaftliche Grundlage der Sozialdemokratie den Sieg verschaffen werden. Mancherorts wünschte man allerdings die befriedende Niederlage, weil man dadurch auf eine Befreiung der Bonzen und auf eine Aenderung der Politik der Partei hoffte. Der Genosse Litzke war Vorsitzender des ersten Berliner Bezirksparteitages, der beschloß, den Parteivorstand wegen der Kandidatenaufstellung anzurufen. Ich habe nicht aus Vergnügungslust eingegriffen, sondern habe es getan im Auftrage des Vorsitzenden der Berliner Parteioffiziere. Irrig ist, daß die Berliner Kandidatenaufstellung etwas zu dem Wahlausfall beigetragen hat. In Lützow-Beesdow hat die Partei schlechter abgeschnitten als in Berlin, und dort war die Kandidatenliste nicht unstritten. Der Redner nimmt dann Stellung zu den Anträgen, die zu dem Bericht des Parteivorstandes eingelaufen sind.

Hermann Müller

befpricht in seinem Schlusswort zunächst die Anträge zum Bericht der Reichstagsfraktion und weist darauf hin, daß die Resolution Dittmann ein scharfes Mißtrauensvotum gegen Parteivorstand und Reichstagsfraktion darstellt, worüber sich jeder Abstimmende klar sein mußte. Darüber darf kein Zweifel bestehen, daß die Reichstagsfraktion die Arbeitszeitdienstpflicht nicht ablehnen wird als verkappte Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht. Vorbereitungen für die Durchführung des Volksentscheids über den Achtstundentag werden getroffen. Einen Antrag zu stellen, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen, halte ich

für unklug; das muß die Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen über den Etat selbst entscheiden. Durch die Annahme eines solchen Antrages geben wir den Reichsparteien nur Gelegenheit, unter der Reichswehr gegen uns zu agitieren. Die Reichstagsfraktion konnte nicht mehr zur Aufklärung über ihre Tätigkeit tun, weil die Mittel fehlten; die Kläden mußten zum großen Teil zur Aufrechterhaltung der Partei benutzt werden. Keine Woche ist in den letzten Monaten vergangen, in der vom Parteivorstand nicht Referenten und Korreferenten verlangt wurden. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind aber nicht dazu da, Hahnenkämpfe in den Unterbezirken aufzuführen.

Zur Demokratie gehört nicht nur Schutz der Minderheit, sondern vor allem auch Schutz der Mehrheit.

In die Regierung sind wir nur gegangen, wenn wir aus einer außenpolitischen Zwangslage mußten. Darum sind alle Oppositionsredner herumgegangen, und niemand hat bemängelt, daß wir jetzt der Regierung das Leben gerettet haben. Soweit man Bedingungen durchsetzen kann, hängt davon ab, wieweit die anderen einen für ihre Politik brauchen. Unsere Stellung war jetzt schwach, weil die Bürgerlichen mußten, daß wir im Interesse der Arbeiterschaft und der Sozialisten der anderen Länder eine bestimmte Politik unterstützen mußten. 80 Prozent der Mehrheit der Fraktion huldigt nicht dem Grundgedanken, daß man dabei sein muß in der Regierung. Wenn ich in Göttingen sagte, man soll Stinnes nicht zum schwarzen Mann machen, er sei nicht schlimmer als Thyssen und Oldenburger so war das in der Folge richtig. Stinnes ist sich allerdings bis in die letzten Tage treu geblieben, seine Interessen mit denen des deutschen Volkes zu verwechseln. Er hat es auch noch so einzurichten gewußt, daß das Reich von seinem großen Vermögen keine Erbschaftsteuer bekommt. Er hat seine Frau zur Alleinerbin eingesetzt, und die Kinder haben zugunsten der Mutter auf ihren Pflichtteil verzichtet, so daß das Vermögen gar nicht festzustellen ist und keine Steuer bezahlt wird. Sächsisch ist die Behauptung, daß die Bourgeoisie die Inflation absichtlich herbeigeführt habe. Das trifft für einen gewissen Teil der Schwerindustrie zu, aber sicher nicht für den Mittelstand, der doch auch Bourgeoisie ist. Aber die Bourgeoisie ist nichts Einheitsliches. Die Gerechtigkeit gebietet, festzustellen, daß in der Novemberkrise und in der letzten Krise die demokratische Partei sich alle Mühe gegeben hat, zu verhindern, daß die Deutschnationalen in die Regierung kommen. Auch die Zentrumspartei ist eine Bourgeoispartei, und doch fanden sich glänzende Kritiker der Anerkennung in unserer Presse für den Reichstagsler Marx aus dieser Partei. Wenn die Deutsche Volkspartei mit ihrer Politik durchdringt, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Deutschnationalen in die Regierung kommen.

Das haben wir aber nicht zu wünschen, auch wenn unsere Agitation durch eine scharfe Oppositionsstellung zu einer solchen Regierung erleichtert würde.

Aber wir würden auch dann denselben Weg gehen müssen, den die englischen und französischen Genossen gegangen sind. Denn einem

deutschen nationalen Block gegenüber können wir keine andere Politik einschlagen als die französischen Genossen. Bei den Mehrheitsverhältnissen in Thüringen war auf die Dauer eine sozialistische Regierung nicht möglich. Wir haben die SPD. nie anders beurteilt, als sie die Thüringer Sozialdemokratie nach dem Scheitern ihres Regierungsexperimentes selbst geschildert hat.

Einen Vorstoß gegen Ebert zu unternehmen ist eine außerordentliche Laubbildigkeit (lebhaft Zustimmung) in einer Zeit, wo die Deutschnationalen täglich gegen ihn antreten. Es ist noch gar nicht an der Zeit, auf diesem Parteitag über die Wahl des Reichspräsidenten zu sprechen; wir wissen noch gar nicht, welche politische Konstellation bei der Neuwahl vorliegt. Die Parteien der äußersten Rechten werden den Versuch machen, einen General oder Admiral, einen deutschen MacMahon an diese Stelle zu bringen. Ich hoffe, daß die deutschen Republikaner sozialpolitischen Verständnisses aufbringen werden, das zu verhindern. Die Parteileitung und die Fraktion werden Mittel und Wege finden, die Genossen an der Wahl zu interessieren. Die Sozialdemokratische Partei und die Reichstagsfraktion werden auch in Zukunft eine Politik verfolgen, die der Republik und der Arbeiterschaft zugute kommen wird. Im Verhandeln mit unseren englischen, französischen, italienischen und belgischen Genossen über die praktischen Fragen der Politik sind wir uns immer rascher einig geworden. Auch in Zukunft wird uns das Verhandeln fortbringen zum Siege.

In einer persönlichen Bemerkung gegen Wels verließ Gen. Dittmann darauf die bekannte Erklärung der 118 Unabhängigen vor der Einigung auf dem Parteitag in Bera. Wir beanspruchen mit dieser Erklärung, so betont Dittmann, kein Reservatrecht in der gesamten Partei. Wels hebt demgegenüber hervor, daß diese Generalkrklärung ursprünglich als Antrag an den Parteitag gelangt sei in der stillen Hoffnung, daß darüber die Einigung scheitern könnte. (Lebh. Widerspruch.) Gen. Litzke-Berlin verichert, daß er als Vorsitzender des Berliner Parteitagess lediglich festgestellt habe, daß die Gen. Dittmann und Crispian den Vorschlag, den Parteivorstand eingreifen zu lassen, machten. Gen. Dittmann sagt, daß mit der Generalkrklärung vor allem ein Appell an Ledebour und seine Freunde gerichtet werden sollte, daß es aber den Unterzeichnern der Erklärung in keiner Weise um den Ausdruck eines Mißtrauens gegen die Einigung zu tun war. Zur Klärung dieser Frage erhält das Wort

Hilferding: Es liegt mir fern, zu behaupten, daß die Antragsteller jener Erklärung die Einigung nicht gewollt hätten; wir haben sie aber damals darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme ihres Antrages mit größter Wahrscheinlichkeit zur Verschlagung der Einigungsverhandlungen führen müßte. Trotzdem war der Antrag gestellt worden. Erst in Verhandlungen ist es gelungen, einen großen Teil der Unterzeichner zu bewegen, daß sie im Interesse der Einigung sich damit begnügten, diese Erklärung zu Protokoll zu geben. Dadurch ist die Gefährdung der Einigung verhindert worden.

Crispian: Ich kann nur bestätigen, was Hilferding dargelegt hat. Im ganzen Reiche ist die Behauptung verbreitet worden, daß der Parteivorstand sich diktatorische Eingriffe in die Berliner Kandidatenaufstellung erlaubt habe. Diese Behauptung ist zuerst aufgestellt worden von einem Gen. Franken, Redakteur der Leipziger Korrespondenz, der damals gleichzeitig noch Mitarbeiter eines Organs der Kommunisten war. (Hört, hört!) Ich muß es ablehnen, von einem solchen Genossen meine Bestimmung abstempeln zu lassen. Meine Erwiderung in derselben Korrespondenz wurde nur zur Hälfte abgedruckt. Ich habe mich jederzeit dafür eingesetzt, daß dem Parteivorstand ein Eingreifen erspart wurde. Er wurde aber angerufen, und in gemeinschaftlicher Sitzung mit der Berliner Organisationsleitung wurde dann ein Beschluß herbeigeführt, der von der Berliner Bezirksteilung angenommen wurde. Die Kandidaten von Berlin wurden nicht durch ein Diktat, sondern durch die Berliner Organisation aufgestellt. Ich will durch meine Ausführungen vermeiden, daß sachliche Entscheidungen durch persönliche Berührungspunkte verzerrt werden. Ich wende mich (mit der Faust auf den Tisch schlagend) aber dagegen, daß man als Parteigenosse wegen einer Stellungnahme politisch gemißachtet und gesellschaftlich geächtet wird. (Lebh. Zustimmung und Bravorufe.) Ich will nicht Richtungsritzer sein, um Vertrauen und Stimmen zu erhaschen, aber ich lehne diese Art der Auseinandersetzung wie im Falle der Berliner Kandidatenaufstellung ab. (Lebh. Beifall.)

Daraufhin erteilt der Parteitag entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission dem Parteivorstand einstimmig Entlastung.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschließt die große Mehrheit des Parteitages, zunächst über den Antrag Müller namentlich abzustimmen. Das geschieht.

Um 1/2 Uhr werden die Beratungen auf nachmittags vertagt, ebenso die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses.

Nachmittagsitzung.

Der Antrag Dittmann ist inzwischen verteilt worden; er lautet:

„Die Politik der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei war in den letzten Jahren darauf gerichtet, auch innen die Republik auszubauen und zu sichern, nach außen durch Übernahme von Reparationsleistungen die Unversehrtheit des nach dem Friedensvertrage verbliebenen Reiches aufrechtzuerhalten, die Lasten des Krieges endlich in Deutschland gerecht zu verteilen. Sie hat diese ihr gesteckten Ziele im wesentlichen nicht erreicht.“

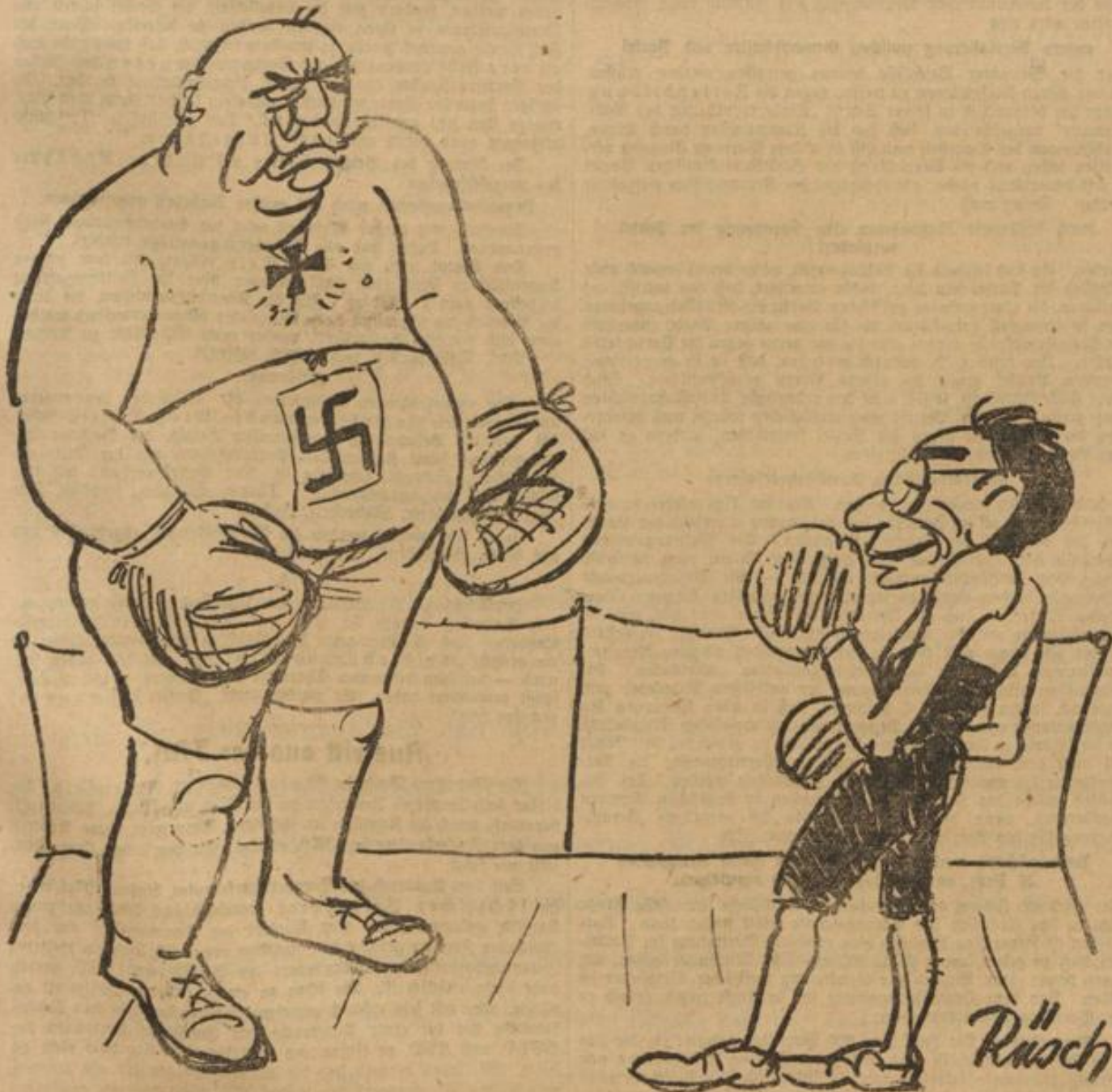
Wirtschaftlich hat die deutsche Bourgeoisie durch planmäßige Zerrüttung der Währung die Reparationsleistungen im allgemeinen unmöglich gemacht und durch großzügige Verarmung und Enteignung des Mittelstandes, der Beamten, Angestellten und Arbeiter eine gewaltige Verelendung gesetzt an Stelle der Lasten, die sie nach dem verlorenen Kriege zu übernehmen verpflichtet war.

Außenpolitisch hat diese Politik der Bourgeoisie zur Befestigung des Ruhrgebietes geführt. Sie hat den im Friedensvertrag vorgesehenen allmählichen Abbau der Befestigung gefährdet und eine Erweiterung der Befestigung und der aus ihr herrührenden Lasten zur Folge gehabt.

Innenpolitisch endlich ist die Einheit des Reiches aufs tiefste erschüttert; bewaffnete Banden bedrohen die Republik, eine reaktionäre Verwaltung fördert alle diese Gefahren für das Reich und verhindert den freiwilligen Ausbau des Staates; eine böswärtige Justiz macht Recht und Gesetz zum Kindergepöhl.

Die Erfahrung hat gezeigt: alle diese Gefahren waren gebannt, so lange die Arbeiterschaft aus eigener Kraft ihre Interessen wahrte. In dem Maße, in dem die Arbeiterschaft an die Stelle der energiegelichten Verfolgung eigener Interessen die Rücksicht falscher, verstandener Allgemeininteressen stellte, traten diese innen- und außenpolitischen Folgen an den Tag. Die Bourgeoisie hat bewiesen, daß sie den Kampf nach innen in der Republik mit nicht minderer Brutalität führt als in irgendeiner anderen Staatsform

Von kommenden Dingen.



Boxkampf Scholem — Ludendorff.

Mengenabgabe vorbehalten

Verkauf nur wenn Vorrat

Hemd-blusen

aus gestreifter Wasch-seide auch ganz weiss

14 50

Oberhemd

Perkal, gestr. Brust, 1. Knie und 1. weicher Kragen

5 75

Schillerhemd

weisse Panama

6 75

Selbstbinder

2 90

Haferlschuhe

braun Boxhall, Rahmenarbeit

16 50 19 50

Damen-Wäsche

Hemd mit Hohlbaum, Trägerform, mit Langgettschnitts

1 65

Beinkleid mit Hohlbaum, geschlossene Form

2 25

Nachthemd mit Hohlbaum, viereckige Form

3 90

Prinzessrock mit Hohlbaum, mod. Jumperform

4 90

Hemd hose mit Hohlbaum, amerik. Windelform

5 50

Herren-Bekleidung

Regenmäntel aus Imprägniertem Baumwollenen Covercoatstoff, in Schlafperforform...

36 00 39 00

Gabardine-Mäntel in verschiedenen Farben, mod. Form

85 00 98 00

Gummimäntel gute Gummierung

25 00

Morgenröcke

Morgenrock aus buntgemustertem Baumwollmusselin, moderne Form

5 75

Morgenrock aus gutem Frotteestoff, bunt gemustert

8 50

Morgenrock aus türkisch gemustertem Baumwollmusselin, weite Plagelform

10 50

Morgenrock aus buntgemustertem Kreppstoff, elegante Bluseform

11 50

Besuchstaschen echt Leder, sortierte Farben

2 25 2 75 3 50

Geldtaschen für Schultaschen und Hartgeld, echt Leder

1 95 2 25 2 75

Damen-Taschen mit gutem Biegel, echt Leder, sortiert

4 25 5 25 6 25

Aktenmappen starkes Bindleder, schwarz und braun, mit Griff und Schloß

6 75

SERIE I: Damen-Handschuhe Leinenimitation, 2 Druckknöpfe, farbig

65 Pf.

SERIE II: Herren-Handschuhe Leinenimitation, farbig, 1 Druckknopf

95 Pf.

SERIE III: Damen-Handschuhe Leinenimit., 12 Knöpfe lang, Mousquetaire-Form, weiss

1 50

SERIE IV: Damen-Handschuhe reine Seide, 12 Kn. lang, Mousquetaire-Form, dopp. Fingerring, weiss

2 90

Korsett aus gutem naturfarbigem Dreif., mit Langgettschnitt

1 95

Hüftkorsett aus hellgelbem Jacquard, mit 1 Paar Haltern

4 50

Hüfthalter weiss und farbiger Satinrell, durchgeh. Reissverschluss, 2 F. Halt.

5 75

Sportstiefel für Herren, mit hoher Stand-lasche u. Doppelasche, gute Fabr. braun schwarz

16 50 12 50

Hermann Tietz Köln-Wasser, Toiletteseife, Badeseifen, Phönix-Rasierapparat, Phönix-Rasierklingen

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater, Casino-Theater, Reichshallen-Theater, Gr. Schauspielhaus, Th. Admiralspalast, Metropol-Theater, Tribüne, Thalia-Theater, Residenz-Th., So ein Mädel

Große Volksoper im Theater des Westens, Komische Oper Die Prinzessin, Heute Sonnabend auf allen Attraktionen Feuerwerk Konzert, 3 Hugonis unapark, Neue Welt, Keine Wanze, Tod und Teufel, Graue Haare, Youpla

Rennen zu Grunewald, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Innungstrankkasseler Juweliere, Gold- und Silbererzmeister, Einladung zur außerordentlichen Aufsichtung, Keine Wanze, Tod und Teufel, Graue Haare, Youpla

Verkäufe, Bekleidungsstücke, Wäsche usw., Möbel, Arbeitsmarkt, Stellenangebote

Musikinstrumente, Fahrräder, Kaufgesuche, Verschiedenes, Arbeitsmarkt, Stellenangebote

Arbeitsmarkt, Stellenangebote, Tüchtige Maschinenmeister, Werkzeugschlosser, Ungelernte Arbeiterinnen